

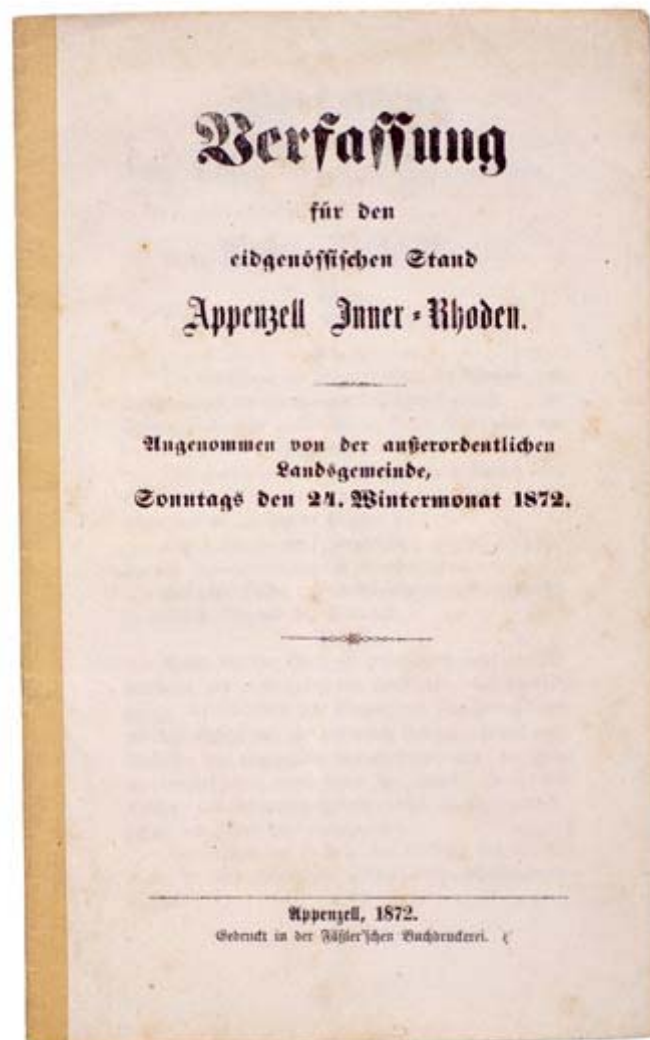
Erlass der heutigen Kantonsverfassung (1872)

Konservativ-liberaler Gegensatz führt zu politischen Spannungen (1863-1872)

In Appenzell Innerrhoden kommt den Parteien im politischen Geschehen der Gegenwart eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Namentlich gibt es keine Organisationen der FDP und der SP. Weitgehend in Vergessenheit geriet, dass auch in Innerrhoden nach der Gründung der Bundesstaates (1848) eine liberale Bewegung entstand, welche die Kantonspolitik über längere Zeit mitprägte. Auslöser waren die Gegensätze zwischen den in der Bundesverfassung formulierten Ansprüchen und der Rechtswirklichkeit im Innerrhodischen. Gemässigt liberale Geister setzten sich in der Folge die Erneuerung des Kantons im Sinne eines weltlich orientierten Rechtsstaates zum Ziel. Bei den Vertretern des Innerrhoder Liberalismus handelte es sich mehrheitlich um wohlhabende Bildungsbürger aus dem Hauptort Appenzell, allen voran der von seinen Gegnern heftig angefochtene Karl Justin Sonderegger (1842-1906), 1879-1895 Redaktor der freisinnig orientierten Innerrhoder Zeitung der 'Freie Appenzeller'.

*Originaltext von 1872 der heute noch gültigen - allerdings mehrfach teilrevidierten - Verfassung des Kantons Appenzell Innerrhoden.
[Landesarchiv Appenzell Innerrhoden]*

Im Winter 1863/64 gründete Sonderegger in Appenzell einen liberal orientierten 'Bürgerverein'. Dieser beantragte der Landsgemeinde 1864 eine Verfassungsrevision, die allerdings keine Mehrheit fand. Seine Vorstellungen von der neuen Staatsform hielt Sonderegger in einer 1867 erschienen Informationsschrift fest, mit der er unter der seiner Ansicht nach unwissenden Bevölkerung Aufklärungsarbeit leisten wollte. Es fanden sich darin keine revolutionären Forderungen, sondern vielmehr Anliegen, die in anderen Kantonen schon verwirklicht waren: Bildung von territorial begrenzten politischen Gemeinden, Trennung von Kirche und Staat, Unvereinbarkeit der Ämterkumulation, Gewaltentrennung sowie Verbesserung des Schulwesens. Die Schrift vermochte die Öffentlichkeit aufzurütteln. Gegen den entschiedenen Willen konservativer Kreise beschlossen Grosser Rat und Landsgemeinde 1868 eine Verfassungsrevision an die Hand zu nehmen. Auf Grundlage der Sondereggerschen Schrift verfasste ein 21-köpfiger Verfassungsrat einen Entwurf, der in der tumultösen Landsgemeinde 1869 jedoch mit 3/5-Mehrheit abgelehnt wurde.



Nach der Ablehnung wünschten 301 Oberegger Bürger in einer Petition an den Grossen Rat die Wiederaufnahme der Revisionsarbeit, da sie sich in ihren Rechten gegenüber dem Inneren Land zurückgesetzt fühlten. Als der Grosse Rat nicht sogleich auf die Petition einging, wandten sich die Oberegger sogar an den Bundesrat, was in konservativen Kreisen helle Empörung auslöste. Die parteipolitischen Gegensätze in Appenzell Innerrhoden hatten inzwischen ein Ausmass angenommen, das kaum eine Einigung zulies. Ein zweiter Verfassungsentwurf, diesmal konservativ geprägt, wurde von der Landsgemeinde 1871 ebenfalls abgelehnt. Schliesslich setzte die Landsgemeinde 1872 erneut einen Verfassungsrat ein, bestehend aus drei Liberalen und vier Konservativen. Dessen Kompromiss-Entwurf fand in der ausserordentlichen Landsgemeinde vom 24. Nov. 1872 endlich Zustimmung. Die neue Verfassung trat am Landsgemeinde-Sonntag 1873 in Kraft und ist in revidierter Form heute noch gültig.